



1. Wissenschaftsansätze

Der kritisch-praktische Wissenschaftsansatz ist wissenschaftlich anerkannt. Die beiden anderen Wissenschaftsansätze sind der analytisch-empirische und der normative.

Obwohl es kritisch-praktische Wissenschaftler_innen deutlich schwerer haben, an einen Lehrstuhl zu gelangen, da die analytisch-empirische Wissenschaft aktuell dominiert, ist der Ansatz umfassend anerkannt. Erstaunlich ist eher, dass die mittlerweile fast nicht mehr anzutreffende normative Schule immer noch großes Ansehen erhält und analytisch-empirische Wissenschaftler_innen, die nicht mehr weiter wissen und daher auf wertgeleitete Aussagen übergehen, hierfür keine Kritik ernten, während jede Unklarheit der kritisch-praktischen Wissenschaftler_innen ausgeschlachtet wird.

2. Kritisch-praktischer Politikansatz

Ganz anders sieht es aus, wenn es um den Politikansatz geht. Der Ansatz ist aus der SPD gänzlich verdrängt, dies hat deutlichen Einfluss auf Stiftungen und Personalpolitik. Aber auch im nichtwissenschaftlichen Raum ist er verdrängt: Akzeptiert wird entweder Empirismus oder Idealismus, bloß keine Kritik. Manchmal wird sogar von sich als Linken verstehenden Idealist_innen kritischen Menschen vorgeworfen, wegen zu wenig Idealismus nach rechts zu rutschen.

3. Die Linke der Bundesrepublik

Dies sah früher deutlich anders aus: Die zum Beispiel für diese Darstellung verwendete Literatur von Wolfgang Abendroth und Kurt Lenk (zwei Ursäulen der deutschen Politikwissenschaft) aufsetzende Schule wurde (auch von der SPD) als „links der SPD“ anerkannt, galt allerdings nicht als "linksradikal"*, da die Abendroth-Schule auf eine Gestaltbarkeit im Rahmen des Grundgesetzes zielte.

Innerhalb der reinen Methodik ist der "kritisch-praktische" Ansatz, auf dem die Abendroth-Schule aufsetzt und der sich von analytisch-empirischen Ansätzen abgrenzt, inhaltlich wie personell den "linken" Denkschulen (Marx, Frankfurter Schule, usw.) zuzuordnen, die analytisch-empirische eindeutig den "liberalen".

4. Folgerungen

Der "links"-Begriff der Bundesrepublik ist deutlich tiefer verankert als die Verteilungsdebatte. Die Entkopplung dieses Begriffes aus seinem historischen Kontext ist allenfalls ein Herrschaftsmittel. Aus Sicht eines kritisch-praktischen Ansatzes ist dies jedenfalls kein rationales Mittel, eine Gesellschaft über sich selbst aufzuklären und zu emanzipieren ...

* Früher wurde der Linksradikalismusbegriff statt des heutigen Linksextremismusbegriffes verwendet. Einige Autor_innen machen an der Umstellung der Begriffsverwendung 1973 das Ende der postnationalsozialistischen Phase der BRD als Folge der 68er Bewegung fest.